

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Heinrich L. Kolb, Dirk Niebel, Hildebrecht Braun (Augsburg), Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Gutmacher, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Günther Friedrich Nolting, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.**

**zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksachen 14/1855, 14/2046 –**

### **Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Selbständigkeit**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die am 1. Januar 1999 in Kraft getretenen neuen Vorschriften zur „Scheinselbständigkeit“ nicht nur zu korrigieren, sondern sofort aufzuheben. Gleichzeitig müssen die am 1. April 1999 in Kraft getretenen Neuregelungen zu den 630-DM-Jobs aufgehoben werden.

Berlin, den 10. November 1999

**Dr. Irmgard Schwaetzer  
Dr. Heinrich L. Kolb  
Dirk Niebel  
Hildebrecht Braun (Augsburg)  
Ernst Burgbacher  
Jörg van Essen  
Ulrike Flach  
Horst Friedrich (Bayreuth)  
Rainer Funke  
Hans-Michael Goldmann**

**Dr. Karlheinz Gutmacher**  
**Ulrich Heinrich**  
**Walter Hirche**  
**Birgit Homburger**  
**Dr. Werner Hoyer**  
**Ulrich Irmer**  
**Gudrun Kopp**  
**Jürgen Koppelin**  
**Ina Lenke**  
**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**  
**Günther Friedrich Nolting**  
**Detlef Parr**  
**Cornelia Pieper**  
**Dr. Günter Rexrodt**  
**Dr. Edzard Schmidt-Jortzig**  
**Gerhard Schübler**  
**Marita Sehn**  
**Dr. Hermann Otto Solms**  
**Dr. Max Stadler**  
**Carl-Ludwig Thiele**  
**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**

### **Begründung**

Die rot-grüne Koalition steht vor einem wirtschaftspolitischen Scherbenhaufen mit katastrophalen Auswirkungen für den Arbeitsmarkt. Bei Amtsantritt hat Bundeskanzler Gerhard Schröder verkündet, er wolle sich an seinem Erfolg beim Abbau der Arbeitslosigkeit messen lassen. Das Ergebnis ist, dass nach einem Jahr rot-grüner Politik keinerlei Verbesserung am deutschen Arbeitsmarkt eintritt. Im Gegenteil – obwohl die Zahl der Erwerbstätigen um etwa 200 000 Personen schrumpft, verharrt die Arbeitslosigkeit unverändert auf hohem Niveau. Im Klartext bedeutet dies, dass die Arbeitslosigkeit nach einem Jahr rot-grüner Politik deutlich angestiegen wäre, wenn es diesen demographischen Faktor nicht gäbe.

Der Anstieg dieser strukturellen Arbeitslosigkeit ist die Folge einer Reihe von Fehlentscheidungen der rot-grünen Regierung auf den Feldern Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. An erster Stelle sind hier die katastrophalen Fehlentwicklungen infolge der Neuregelungen der so genannten „Scheinselbständigkeit“ und der 630-DM-Jobs zu nennen.

Während die rot-grüne Koalition bei der Neuregelung der „Scheinselbständigkeit“ noch von Anlaufschwierigkeiten und Missverständnissen sprach, gab es nach Angaben des Institutes für Mittelstandsforschung in Bonn bis Mai 1999 dieses Jahres 306 319 Gewerbeabmeldungen gegenüber 286 927 Abmeldungen im gesamten Jahr 1998. Das Ergebnis rot-grüner Arbeitsmarktpolitik ist damit Arbeitsplatzvernichtung im großen Stile.

Der von der rot-grünen Koalition vorgelegte Gesetzentwurf mit dem zynischen Titel „Gesetz zur Förderung der Selbständigkeit“ bringt keine Verbesserung, sondern nur eine „Verschlimmbesserung“ der Rechtslage für Existenzgründer und Selbständige.

Die Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung hat ergeben, dass die dringend notwendige Rechtssicherheit auch mit dem vorliegenden Rechtsentwurf nicht hergestellt wird. Die Anhörung hat zudem ergeben, dass die Quote der Selbständigen, die im Alter auf Sozialhilfe angewiesen ist, extrem gering ist. Damit werden die Neuregelungen zur „Scheinselbständigkeit“ als das entlarvt, was sie sind: Ein Notprogramm auf dem Rücken der Selbständigen zur Sanierung der Sozialkassen. Damit ist auch der vorliegende Gesetzentwurf untauglich, um die Verwerfungen, die Rot-Grün dem Arbeitsmarkt gebracht hat, zu beseitigen.

Nicht minder katastrophal war die Neuregelung der „630-DM-Jobs“. Nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) stufen 50 % aller Unternehmen die Auswirkungen des 630-DM-Gesetzes als erheblich ein, 7 % sogar als existenzbedrohend. Noch dramatischer ist die Lage bei den kleinen Unternehmen. Hier geben 57 % die Auswirkungen als erheblich und sogar 10 % als existenzbedrohend an. Insgesamt belegt das Statistische Bundesamt den Verlust von deutlich über 100 000 Teilzeitjobs in Handel, Gastgewerbe und Handwerk. Dem stehen keine neuen Vollzeitjobs gegenüber. Damit richtet sich die rot-grüne Arbeitsmarktpolitik auch in diesen Fällen gegen Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen.

Diese Entwicklung lässt sich nicht mit kleinen Korrekturen aufhalten. Notwendig ist vielmehr eine Aufhebung der unsinnigen neuen Vorschrift zur „Scheinselbständigkeit“ und zu den 630-DM-Jobs.

